Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

26 (31.1.1935) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 26
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Donnerstag
31. Januar 1935

Eckpfeiler des Reichsneubaues

Von Dr. Wilhelm Frick.

NSK. Das Reich ist des deutschen Volkes Schutz und Schirm. Von seiner Macht und Stärke, seinem Niedergang oder Aufstieg hängt das Schicksal aller Deutschen ab. Darum fordert die NSDAP. von jedem Deutschen, daß er dazu beitrage, das Reich zu stärken und zum unzerstörbaren Hort der Nation zu machen. Der Führer hat der nationalsozialistischen Bewegung das Ziel gesteckt, einen Staat der Ehre, Freiheit und Gerechtigkeit zu errichten. Die Partei ist die Trägerin des Neuaufbaus des Reiches.

Im Zuge der Reichsreform, die den Sehnsuchtstraum des deutschen Volkes nach dem einheitlich gegliederten Nationalstaat erfüllen wird, hat die Reichsregierung der tragenden Säule der öffentlichen Verwaltung, den deutschen Gemeinden, die neue Verfassung, die deutsche Gemeindeordnung, gegeben.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden hat vor der Machtübernahme eine schwere Krise durchlebt. Gerade in der Gemeindeverwaltung trat der Zerfall des liberal-demokratischen Systems offen zutage und zerstörte die Grundlagen jeder geordneten Verwaltung. Die Gemeinden waren zum Tummelplatz des Klassenkampfes geworden. Als die Regierung Adolf Hitlers die Macht übernahm, standen ungezählte Gemeinden vor dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch.

Der nationalsozialistische Staat hat aus diesen Zuständen nicht die Folgerung gezogen, die gemeindliche Selbstverwaltung zu beseitigen, sondern unternahm zunächst, durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen den Gang der Verwaltung wieder zu ordnen und die finanzielle Gesundung einzuleiten. Das entsprach der Einstellung des Nationalsozialismus zur Selbstverwaltung, deren staatspolitischen Sinn er grundsätzlich bejaht. Die Gemeindeverwaltung ist die volksnächste Stufe der Staatsverwaltung, sie soll unmittelbar aus dem Volk selbst herauswachsen und damit die wichtigsten Kräfte am Aufbau und an der Verwaltung teilhaben lassen. Deshalb ist an der gemeindlichen Selbstverwaltung und insbesondere an der ehrenamtlichen Mitarbeit ebenso wie am grundsätzlich unbeschränkten Aufgabenkreis der Gemeinde festgehalten worden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Aenderung der Gemeindeverwaltung in folgender Richtung notwendig geworden ist:

Erstens in der Umgestaltung der Verwaltungsform der Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung der Stellung und der Funktion der NSDAP. im nationalsozialistischen Staat;

zweitens in der stärkeren Eingliederung der Gemeinde in den Staat;

drittens in der festen Ordnung und Ueberwachung der Gemeindefinanzen;

viertens in der Neugliederung der Gemeinden oder ihrer Zusammenfassung zu leistungsfähigeren, engeren Verbänden und

fünftens in der Sicherung der Einheit der örtlichen Verwaltung.

Da der nationalsozialistische Staat die parlamentarisch-demokratische Verwaltung, die die Verantwortung des einzelnen verwischt oder sogar aufhebt, ablehnt, mußte auch in der Gemeindeselbstverwaltung der Grundsatz der unbeschränkten Führerverantwortlichkeit eingeführt werden. Das war schon deshalb nötig, weil gerade in den Städten und Gemeinden die demokratische Abstimmungsmaschinerie die Flucht vor der Verantwortung, ja sogar Parteikorruption nach sich gezogen hatte. In den zwei Jahren seit der Machtübernahme hat sich die auf den Führergrundsatz abgestellte Verwaltungsreform erprobt. Sie gewährleistet eine einheitliche, schlagkräftige und straffe Verwaltungsführung und sichert umfassende Verantwortlichkeit. Der Parlamentarismus ist aus den Gemeindestuben endgültig verbannt. Dadurch wird die Mitwirkung der Bürgerschaft, die den höchsten Wert der Selbstverwaltung darstellt, nicht ausgeschlossen. Die zur Beratung berufenen Gemeindevertreter stehen aber dem Leiter der Gemeinde nicht mehr als geschlossene Vertretungskörperschaft mit Kontrollbefugnissen gegenüber, sondern sind in einheitlicher Zielsetzung mit ihm in der Selbstverwaltung tätig. Der Leiter wird auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP. nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde von der Gemeinde ernannt. Er muß daher das Vertrauen von Partei und Staat genießen und sich durch Leistung und Führung die Treue der Gefolgschaft verdienen und erhalten können. Die Kontrolle über die Tätigkeit des Leiters der Gemeinde übt in vollstem Umfange der Staat aus. Die NSDAP. als die Vertretung des Gesamtvolkes, die dem Volk gegenüber die Mitverantwortung für alles öffentliche Geschehen trägt, ist in der Verwaltung der Gemeinde maßgebend eingeschaltet. Sie allein beruft die Gemeinderäte, die als Berater des Bürgermeisters aus dem dazu geeigneten Kreis der Bürgerschaft ernannt werden.

Die Einordnung der Gemeinde in den Staat ergibt sich aus seiner Mitwirkung bei der Besetzung der Stellen der leitenden Amtsträger der Gemeinde und aus seiner stark ausgebauten Aufsicht insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsführung der Gemeinden. Der Staat stellt damit sicher, daß die Gemeinde „im Einklang mit den Zielen der Staatsführung" verwaltet wird.

Das Gesetz schafft auch die Möglichkeit, den Erfordernissen einer vernünftigen und zweckmäßigen Verwaltung durch Neugliederung der Gemeinden, ihre Zusammenfassung zu engeren Verbänden oder Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen Rechnung zu tragen, so daß auch hier schließlich eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung die Hebung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden erreicht werden wird.

Die deutsche Gemeindeordnung strebt die weitgehendste Einheit der örtlichen Verwaltung an und setzt damit die Gemeinde in den Stand, die von den verschiedensten zentralen Stellen ausgehenden Absichten und Pläne zusammenzufassen und den Willen und die Wirtschaftskraft der Bevölkerung möglichst gleichgerichtet den öffentlichen Aufgaben zuzuwenden.

Eine Reihe von Vorschriften wird auch eine wesentliche Vereinfachung und Verkürzung des Verwaltungszuges herbeiführen.

Die deutsche Gemeindeordnung, die in glücklicher Weise das Zusammenwirken von Partei und Staat im gesamten Kreis der Gemeindeverwaltung löst, ist damit ein wichtiger Eckpfeiler beim Neubau des Reiches. Sie erbringt den Beweis, daß der Staatsgedanke des Führers und Reichskanzlers mit den Ideen des großen Schöpfers der deutschen Selbstverwaltung, mit dem Staatsideal des Reichsfreiherrn vom Stein übereinstimmt. Hier wie dort beherrscht die sittliche Auffassung des Staates das Werk.

Die Selbstverwaltung ist im Staate Adolf Hitlers kein Fremdkörper, sie ist die Keimzelle des Staatsgebäudes und übernimmt ihre Aufgaben aus den Händen der NSDAP., die den Staat schuf und mit dessen Zukunft sie unlöslich verbunden ist.

Englischer Politiker beim Führer

Berlin, 30. Jan. Der Marqueß of Lothian, der bekannte englische liberale Politiker und Vertreter der Liberalen Partei im Oberhaus, der sich einige Tage in Berlin aufhielt, ist in Begleitung des politischen Schriftstellers, Professor Conwell Evans, nach London abgereist. Lord Lothian war bekanntlich vom Jahre 1916 bis 1921 intimer Mitarbeiter und Freund des damaligen englischen Premierministers Lloyd George. Er ist eine der markantesten Persönlichkeiten des englischen öffentlichen Lebens. Bei Bildung der nationalen Regierung im Jahre 1931 wurde er als Minister in das Kabinett berufen, wo er sich bis zum Jahre 1934 hauptsächlich mit dem für das britische Weltreich so bedeutsamen Problem der Dominiens und insbesondere Indiens befaßte. Lord Lothian ist im übrigen bekannt als Anhänger einer engen Zusammenarbeit Englands mit den Vereinigten Staaten von Amerika und steht dem weltpolitischen Gedanken von Cecil Rhodes nahe.

Marqueß of Lothian, der in Berlin an einer Tagung der deutschen Rhodes-Scholars teilnahm, wurde während seines Aufenthalts vom Führer und Reichskanzler Adolf Hitler empfangen. Er hatte außerdem Gelegenheit, mit anderen Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens, wie dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, General von Blomberg, dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, sowie dem Beauftragten der Reichsregierung, von Ribbentrop, Fühlung zu nehmen.

Berlin, 30. Jan. Der Leiter der japanischen Delegation bei der Londoner Flottenkonferenz, Vizeadmiral Yamamoto, der sich, wie wir bereits meldeten, auf der Durchreise nach London in Berlin einige Stunden aufhielt, stattete dem Beauftragten der Reichsregierung für Abrüstungsfragen, Herrn von Ribbentrop, einen Besuch ab.

Kammer-Erklärung Lavals

zur Reise nach London

Paris, 30. Jan. Im Anschluß an eine umfassende Aussprache über die Arbeitslosigkeit sollte die Kammer am Dienstag nachmittag einen Zeitpunkt für die Behandlung der von Franklin Bouillon eingebrachten Interpellation festsetzen, die die Regierung auf die Gefahren hinweist, die die Pläne zur Legalisierung der Aufrüstung Deutschlands für Frankreich und den Frieden bedeuten. Außenminister Laval hatte die Vertagung der Behandlung dieser Frage beantragt. Der Abg. Franklin Bouillon, der durch seine ständigen deutschfeindlichen Auslassungen bekannt ist, erklärte eingangs, er habe gehofft, daß vor der Londoner Reise in der Kammer eine Aussprache über die französisch-englische Politik stattfinden würde. Man wisse, was England wolle, nicht aber, was Frankreich eigentlich wolle. Unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Times", in der die Aufrüstung Deutschlands als vollzogene Tatsache bezeichnet werde, warf Franklin-Bouillon England Mangel an politischem Klarblick vor. Diese englische Geistesverfassung sei nicht neu, denn schon im Jahre 1914 habe England aus mangelnder Erkenntnis der Lage das Wort nicht gesprochen, das den Krieg hätte vermeiden können. Man gedenke in London durch neue Zugeständnisse den Frieden zu festigen. **Frankreich könne sich auf eine solche Politik nicht einlassen.** Die ganze deutsche Politik fuße auf dem Gedanken der Revision und die Politik Frankreichs und seiner Verbündeten auf dem Gedanken der Nichtrevision. Es sei unmöglich, Wasser und Feuer miteinander zu vermengen. Es gebe nur zwei Lösungen: Eine Lösung des Mutes oder des Verzichtes. Nur der Mut könne Frankreich retten.

Außenminister Laval erinnerte daran, daß er, einem Wunsche Sir John Simons folgend, zusammen mit dem Ministerpräsidenten nach London reisen werde. Es sei natürlich, daß die Minister der beiden großen Länder es für notwendig erachteten, in ihren Besprechungen die Gesamtheit der internationalen Fragen zu behandeln. Man könne sich nur dazu beglückwünschen, daß Frankreich und England in gewissen Abständen ihre Meinungen austauschten. Frankreich und England wollten ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen, weil sie sich der Solidarität ihrer Interessen und der gemeinsamen Verantwortlichkeit bewußt seien. Man werde sich zweifellos über die Frage der deutschen Rüstungen unterhalten. Man sei sich der nationalen Realitäten bewußt und kenne die Erfordernisse der nationalen Verteidigung. Ein geschwächtes Frankreich würde weniger Freunde haben, und ein isoliertes Frankreich wäre weniger stark. Der Friede würde dadurch nicht gewinnen. Frankreich wolle sein Teil an der soliden Organisation des europäischen Friedens übernehmen, könne sich diesen Frieden aber nicht ohne Sicherheitsgarantien vorstellen. Noch selten sei die auswärtige Politik so aktiv betrieben worden, wie in den letzten Wochen. Bedeutende Regelungen seien erzielt worden, Streitfälle geschlichtet worden, und eine neue Atmosphäre sei im Entstehen begriffen. Zum Schluß betonte der Außenminister, daß London zu keinerlei Abschlüssen führen, sondern nur einen Gedankenaustausch bringen würde.

Laval schloß seine Erklärungen mit folgenden Worten: „Eine neue Atmosphäre ist im Entstehen, die die notwendige Annäherung der Völker leichter gestalten muß. Ich wage es mit einigem Stolz zu sagen, daß Frankreich unter diesen Umständen die ihm von seiner Ueberlieferung vorgeschriebene Rolle gespielt hat. Vor einigen Tagen ist in Rom in einer Weise, die von Dauer sein muß, die Entente zwischen zwei großen Völkern besiegelt worden. Beide sind fest entschlossen, wie ihre Regierungen feierlich erklärt haben, in einem Geiste des gegenseitigen Vertrauens an der Erhaltung des allgemeinen Friedens zusammenzuarbeiten. Unsere Londoner Besprechungen werden von der wachsenden Freundschaft geleitet sein, die Frankreich und England verbinden muß. Wir wissen, daß unsere Sicherheit unentbehrlich ist für die Erhaltung des Friedens in Europa. Wir wissen und man weiß das ebenso im Ausland, daß Frankreich immer bereit ist, seine loyale und wirksame Unterstützung jeder internationalen Anstrengung für die Festigung des Friedens zu gewähren."

Zum Schluß der Kammersitzung am Dienstag wurde im Zusammenhang mit einer Anfrage die Frage des Asylrechts für politische Flüchtlinge unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit behandelt

Franklin-Bouillon erklärte sich mit diesen Ausführungen des Außenministers zufriedengestellt. Sein Antrag wurde auf später verschoben.

*

Vor dem Londoner Treffen

Paris, 30. Jan. Nicht nur die sehr vorsichtig gehaltenen Erklärungen Lavals in der Kammersitzung vom Dienstag, sondern auch die Berichte aus London haben in hiesigen politischen Kreisen den Eindruck verstärkt, daß man sich vor allzu großem Optimismus in der Beurteilung des französisch-englischen Meinungsaustausches hüten solle. „Matin" macht darauf aufmerksam, daß England immer noch ein Abkommen über die Sicherheit als Krönung der offiziellen Anerkennung der deutschen Aufrüstung ansehe, aber nicht als ein vor allen Dingen zu lösendes Hauptproblem. Das Zurückscheuen der englischen Regierung vor einer Erweiterung des Locarno-Abkommens als Bedingung für eine etwaige Befreiung Deutschlands von Teil 5 des Versailler Vertrages scheine allerdings weniger grundsätzlicher Art zu sein, als vielmehr auf die Furcht vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung zurückzugehen.

Das „Echo de Paris" berichtet, daß der englische Standpunkt in einer Art Note oder Denkschrift von vier oder fünf Seiten niedergelegt sei, die der englische Botschafter in Paris am Samstag Laval überreicht habe. Die Kenner dieser Denkschrift bezeichneten sie als „schlechter Macdonald". Sir John Simon finde kein anderes Heilmittel gegen die „Verletzung" des Versailler Vertrages durch Deutschland, als den Abschluß eines Abkommens über Rüstungsbeschränkung und internationale Rüstungskontrolle, durch das die Erklärungen vom Dezember 1932 über die Gleichberechtigung wirksam werden sollen.

London, 30. Jan. Zum französischen Ministerbesuch erklärt der diplomatische Korrespondent von Reuter, es sei unwahrscheinlich, daß Großbritannien bei den bevorstehenden Besprechungen weitere Verpflichtungen auf dem europäischen Festlande übernehmen werde. Die Frage der Aufhebung der Abrüstungsklauseln von Versailles werde erörtert werden, ohne aber deshalb unbedingt den Mittelpunkt der Besprechungen zu bilden. In London bestehe die Neigung, die Aussprache möglichst flüssig zu halten. Die deutsche „Aufrüstung" soll nur als eine Frage von vielen behandelt werden. Eine erneute Bekräftigung und Verschärfung von Locarno in Form eines Versprechens britischen Beistandes in der Luft für den Fall eines Angriffes auf Frankreich sei höchst unwahrscheinlich. Was die österreichische Frage angehe, so sei Großbritannien nach wie vor bereit, im Falle einer Gefährdung der österreichischen Sicherheit gemeinsame Beratungen aufzunehmen.

In London wird nach „Daily Herald" erwartet, daß Laval auf einer Verstärkung der französischen Rüstungen beharren und eine Erörterung deutscher Aufrüstung für den Augenblick ablehnen werde. Er werde versuchen, die britische Unterstützung für seine Forderung zu gewinnen, daß vor einer solchen Erörterung Deutschland sich bereit erklären müsse, nach Genf zurückzukehren und den Ostpakt und den Donaupakt zu unterzeichnen. Außerdem werde er eine Verstärkung der britischen Verpflichtungen aus dem Locarnopakt verlangen. Die britische Regierung erkenne es deutlich, daß nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorhanden sei, einen solchen Plan auch nur als Erörterungsgrundlage mit den Deutschen anzusehen. Sie sei damit einverstanden, daß Sicherheit und Rüstungsbegrenzung gemeinsam behandelt werden müßten. Sie werde sich aber nicht dazu bereitfinden, neue Verpflichtungen für Großbritannien als Einleitung zu Erörterungen zu übernehmen.

Kein Beitritt Amerikas zum Haager Gerichtshof

Washington, 30. Jan. Der Senat hat die Vorlage über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen Internationalen Gerichtshof nicht ratifiziert. Für die Vorlage stimmten 52 Senatoren, gegen sie 36. Da für eine Ratifizierung die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, gilt sie als abgelehnt.

Neuyork, 30. Jan. Die Berichte aus Washington deuten an, die Abstimmung wäre wahrscheinlich noch entschiedener zu Ungunsten der Beitrittsvorschläge ausgefallen, wenn sie nicht in aller Eile für Dienstag anberaumt worden wäre. „Times" meldet, daß allein in den letzten zwei Tagen im Senat 40 000 telegraphisch übermittelte Proteste gegen einen Beitritt zum Weltgerichtshof eingingen.

Der republikanische Senator Borah (Idaho), der neben dem republikanischen Senator Johnson (Kalifornien) ein Vorkämpfer gegen den Beitrittsvorschlag war, bezeichnete die Ablehnung als bedeutendste Senatsentscheidung, die seit dem Weltkriege gefällt worden sei. Die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten zu diesem das Land in das europäische Bündnissystem verstrickenden Gerichtshof, sei damit hoffentlich für dauernd gelöst. Senator Johnson erklärte, eine ernste Gefahr für die Vereinigten Staaten sei durch diese Abstimmung abgewendet worden.

In politischen Kreisen erwartet man, daß daraufhin die vom demokratischen Senator Pope (Idaho) eingeleitete Bewegung zugunsten eines Beitritts der Vereinigten Staaten zum Völkerbund nunmehr von seiten des Senats überhaupt keine ernstliche Beachtung mehr finden werde.

Eine Verschwörung in Mexiko aufgedeckt

Mexiko, 30. Jan. Die Militärpolizei hat in den letzten Tagen eine umfangreiche Verschwörung aufgedeckt, in die zahlreiche Personen verwickelt sind. Mehrere Teilnehmer konnten bereits verhaftet werden. Die Verschwörung geht anscheinend von Leuten aus, die sich in Verbannung in den Vereinigten Staaten befinden und einen Aufstand in verschiedenen Landesteilen planten. Im Staate Durango hat die Regierung Kriegsflugzeuge zur Bekämpfung der dortigen Rebellen eingesetzt. Führer der Verschwörung sind der frühere Präsidentschaftskandidat Villareal und der frühere Unterrichtsminister José Vasconcelos, die in den Vereinigten Staaten ansässig sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Englands „Gastgeschenk“

Keine englischen Verpflichtungen ohne Rüstungsbegrenzung

Der diplomatische Apparat zwischen Paris und London spielt noch sehr heftig. Es gilt, für den unmittelbar bevorstehenden Besuch Flandins und Lavals die Dinge soweit vorzubereiten, daß ein praktisches Ergebnis ihrer Begegnung mit den englischen Staatsmännern erwartet werden kann. Die Schwierigkeit liegt darin, daß man in Paris und in London nicht ganz die gleiche Vorstellung von dem anzustrebenden Ergebnis hat.

Fest steht nur eins: Im Mittelpunkt der Aussprache wird die Frage der europäischen Rüstungen stehen. Daß für den Teil der europäischen Staaten, dem seinerzeit in den Friedensverträgen von 1919 bestimmte Rüstungsbeschränkungen einseitig auferlegt wurden, diese Beschränkungen heute nicht mehr beibehalten werden können, darüber ist man sich diesseits und jenseits des Kanals im Klaren. Höchstens, daß über die Form, in der man den großen geschichtlichen Irrtum von 1919 jetzt korrigieren soll, Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sicherlich hat man in Frankreich stärkere Hemmungen als in England. Die Opposition, die Herrn Flandin und Herrn Laval innerpolitisch gefährlich werden könnte, steht auf der Rechten, also im Lager jener chauvinistisch und militaristisch gefärbten Parteien, aus deren Mentalität die Militärklauseln der Friedensverträge hervorgegangen sind. In ihrer Presse wird die französische Regierung noch heute beschworen, namentlich den Teil 5 des Versailler Vertrages nicht preiszugeben. Und wenn schon von ihm etwas abgehandelt werden sollte, dann nur bei gleichzeitiger Stärkung der französischen Rüstung: Einführung der zweijährigen Dienstzeit usw.

Das sind nun allerdings Bedingungen, die der englischen Regierung höchst unsympathisch sind, denn wenn sie geneigt ist, das einseitige Abrüstungsdiktat von 1919 heute zu liquidieren, dann hofft sie gleichzeitig, dadurch eine allseitige Abrüstungskonvention oder wenigstens eine Vereinbarung über die allseitige Rüstungsbegrenzung auf diesem Verzicht aufbauen zu können. Das entspricht nicht nur der Auffassung der britischen Regierung und der Mehrheit, auf die sie sich im Parlament stützt, sondern auch die Opposition, die sie auf der Linken suchen muß, und die unter Umständen aus außenpolitischen Fehlern der Regierung Nutzen ziehen könnte, ist durchaus und gründlich für eine derartige Politik in der Rüstungsfrage.

Herr Flandin und Herr Laval einerseits, Herr Macdonald und Sir John Simon andererseits werden sich über diese Auffassungsverschiedenheiten recht ausgiebig unterhalten müssen, wenn sie zu dem erhofften Ergebnis kommen wollen. Es gibt aber im zu behandelnden Gesamtthema noch andere Divergenzen. Wie weit eine eigene Rüstungsverstärkung über das schon verwirklichte gewaltige Maß hinaus praktisch durchführbar ist, mag auch den französischen Staatsmännern zweifelhaft sein. Namentlich an die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, für die das Volk garnichts übrig hat, werden sie nur sehr ungern herangehen. Die „Sicherheiten“, die man als Ersatz für die Preisgabe der militärischen Ohnmacht Deutschlands und seiner ehemaligen Kriegsverbündeten nun einmal für notwendig hält, möchte man lieber auf dem Gebiet internationaler Vereinbarungen finden. Daher die Forderung, England solle sich zu realisierbaren Garantieverpflichtungen zugunsten Frankreichs und seines europäischen Staatensystems bereitfinden. In welcher Form man sie sich denkt, ist im Augenblick noch nicht klar ersichtlich. Daß England nicht bereit sein würde, als Partner des französischen und französisch-italienischen Paktsystems aufzutreten, ist inzwischen auch in Paris, wenn schon mit einiger Enttäuschung, zur Kenntnis genommen worden. Es muß aber bezweifelt werden, daß England überhaupt ein geschriebenes Garantiepapier dieser Art aus der Hand geben wird. Es ist von seinen verantwortlichen Männern zu oft schon betont worden, daß Locarno die äußerste Grenze der bindenden Verpflichtungen darstelle, die England auf dem Kontinent zu übernehmen geneigt ist.

Flandin und Laval erwarten, daß ihnen England am Tage ihres Londoner Besuches ein Gastgeschenk machen werde. Vielleicht wird es das tun. Aber man sieht, nicht ohne Gegenleistung. Und diese Gegenleistung heißt: feste Rüstungsbegrenzung.

Kabinettsrat in London am Vorabend des französischen Ministerbesuches

DNB. **London,** 30. Jan. Am Vorabend des französischen Ministerbesuches in London fand in Downingstreet 10 unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Macdonald ein Kabinettsrat statt. Es ist anzunehmen, daß sich das Kabinett mit der gesamten Lage befaßte, wie sie sich nach den ausgiebigen Erörterungen des britischen Botschafters in Paris mit dem Wortführern der französischen Regierung ergibt, und daß die Richtlinien festgelegt wurden, die von den britischen Ministern bei den Verhandlungen mit Flandin und Laval befolgt werden sollen. Von besonderem Interesse ist der Beschluß, die britische Verhandlungsabordnung durch Baldwin zu verstärken, der nunmehr mit Macdonald und Sir John Simon zusammen den britischen Standpunkt vertreten wird. Andere Kabinettsmitglieder werden möglicherweise zu den Erörterungen hinzugezogen werden, falls die Besprechungen über das Abrüstungsproblem hinaus auch auf Handels- und Finanzfragen ausgedehnt werden. Natürlich wird Eden in seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter für Völkerbundsfragen in engster Fühlung mit den Besprechungen stehen.

Auf britischer Seite gibt man sich über die Aussichten der kommenden Erörterungen mit den französischen Ministern keinerlei Täuschung hin. Es wird offen zugegeben, daß es schwer vorauszusehen ist, wie die einander widersprechenden Standpunkte der deutschen und der französischen Regierung vereinbart werden können. Deutschland, so wird erklärt, verlangt praktische Gleichberechtigung, bevor es die Frage seines Eintritts in den Völkerbund und damit verwandter Fragen erwägen will, während Frankreich nicht nur den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund fordert, sondern auch verlangt, daß die von ihm befürworteten Pakte von Deutschland „unterzeichnet und besiegelt“ werden, bevor es der Legalisierung des deutschen Wiederaufrüstens zustimmt. Die britische Regierung befürwortet einen Plan, der die automatische Gewährung der Gleichberechtigung im Rahmen eines allgemeinen Abkommens zur Rüstungsbeschränkung im Augenblick des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund vorsieht. Von maßgebender britischer Seite wird erklärt, daß gegenwärtig keine Aussicht zu bestehen scheint, daß sowohl die deutsche als auch die französische Regierung sich die britischen Gedankengänge zu eigen machen, ganz abgesehen von der tiefen Kluft, die den Standpunkt der französischen von dem der deutschen Regierung trennt. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, wenn mehr als je der unformelle Charakter der bevorstehenden englisch-französischen Besprechung in den Vordergrund gestellt und erklärt wird, daß das Ziel der britischen Regierung lediglich dahin gehe, auf dem Wege eines Gedankenaustausches mit einem der am meisten betroffenen Länder dem Grundsatz der Erzielung einer umfassenderen Regelung als dem bei bisherigen Pakten getroffenen größere Geltung zu verschaffen.

Lord Rothermere nimmt seinen Sitz im Oberhaus ein

DNB. **London,** 30. Jan. Im Oberhaus spielte sich am Mittwoch ein interessanter Vorgang ab. Zum ersten Mal im jetzigen Parlament nahm der englische Zeitungsmagnat Lord Rothermere seinen Sitz im Hause ein. Er wurde vom Führer des Oberhauses, dem Kriegsminister Lord Hailsham und einem anderen Peer eingeführt. Mit der Einnahme seines Sitzes verfolgt Lord Rothermere die Absicht, auf die Rede zu antworten, die im letzten Dezember bei einer Erörterung der Frage der nationalen Verteidigung von Lord Mottistone gehalten wurde, und in der dieser auf Angriffe Bezug nahm, die in den Blättern Rothermeres gegen ihn gerichtet worden waren. Um auf die Rede Lord Mottistones erwidern zu können, mußte Lord Rothermere erst förmlich seinen Sitz im Oberhaus einnehmen. Das Haus sieht jetzt einer interessanten Aussprache entgegen.

Memelfragen im englischen Unterhaus

DNB. **London,** 30. Jan. Im Unterhaus wurde am Mittwoch nachmittag die Memelfrage zur Sprache gebracht. Der Abgeordnete Wedgewood fragte den Außenminister Sir John Simon, ob er eine Erklärung über die gegenwärtige Lage in Memel abgeben könne, welches die englischen Verpflichtungen seien und welche Schritte die englische Regierung unternehmen wolle, „um einen Angriff von Seiten Deutschlands oder von Seiten Litauens zu verhindern“.

Sir John Simon erwiderte: „Der Mangel an genügenden Abgeordnetenstimmen hat erneut eine Versammlung des memelländischen Landtages verhindert. Deshalb wurden keine Geschäfte erledigt. Es finden immer noch Verhandlungen zwischen den Parteien statt. Die englische Regierung hat keine Bemühungen gespart, um dem für die augenblickliche Lage verantwortlichen Teil nahe zu legen, daß die Erzielung einer Vereinbarung erwünscht sei, durch die die normale Verwaltungsgrundlage im Memelgebiet wieder hergestellt werden könnte.“

Der konservative Abgeordnete Moore fragte: „Ist der Außenminister überzeugt, daß die litauischen Behörden bemüht sind, ein richtiges Arbeiten des memelländischen Landtages zu unterstützen?“

Simon erwiderte: „Ich bin dahin unterrichtet, daß der Gouverneur von Memel eine versöhnliche Auffassung (?) an den Tag gelegt und daß er der deutschen Partei bereits drei Sitze im Direktorium angeboten hat.“ (?)

Tibor von Eckardt legt die Vertretung Ungarns beim Völkerbund nieder

Die Einigung mit Gömbös in der Wahlrechtsfrage als gegenstandslos erklärt.

DNB. **Budapest,** 30. Jan. Der Führer der Partei der unabhängigen Kleinlandwirte, Tibor von Eckardt, richtete am Mittwoch an den Ministerpräsidenten Gömbös ein Schreiben, in dem er die bisherige Vertretung Ungarns beim Völkerbund niederlegt und gleichzeitig den Ministerpräsidenten ersucht, die zwischen ihm und Gömbös zustandegekommene Einigung in der Frage des Wahlrechts als gegenstandslos zu betrachten.

Tibor von Eckardt betont, in den wiederholten Besprechungen zwischen Gömbös und ihm hätte sich die einmütige Auffassung ergeben, daß die unerläßliche Voraussetzung eines jeden Fortschritts und einer die ruhige Entwicklung der Nation sichernden Reformpolitik das geheime und ehrliche Wahlrecht sei, um die zugespitzten parteipolitischen Kämpfe abschaffen zu können. Aufgrund dieser Einsicht sei damals bezüglich des neu zu schaffenden Wahlrechts eine völlige Einigung zwischen ihnen zustandegekommen. Die gestrige Aussprache in der Regierungspartei habe ihn jedoch davon überzeugt, daß die zwischen ihnen bestehende Vereinbarung die Zustimmung der Regierungspartei zur Wahlrechtsreform wesentlich erschwere. Tibor von Eckardt betont, daß er zu den Absichten und Entschlüssen des Ministerpräsidenten auch weiterhin volles Vertrauen habe. Er wolle lediglich erreichen, daß die Regierungspartei sich in Zukunft nicht mehr auf die von ihm geführte Partei der unabhängigen Kleinlandwirte als Vorwand berufen könne, wenn die Verwirklichung des Wahlrechts an die Reihe komme. — Zu der Niederlegung seiner Vertretung beim Völkerbund weist Tibor von Eckardt darauf hin, daß er damit weiteren Angriffen vorbeugen wolle, die wegen seiner Person gegen die vom Ministerpräsidenten verfolgte Politik gerichtet würden. Das Schreiben des Reichstagsabgeordneten Tibor v. Eckardt, der in den letzten Monaten infolge seiner eindeutigen Stellungnahme in den großen innen- und außenpolitischen Fragen stark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten und vielfach als künftiger Außenminister genannt worden war, hat natürlich erhebliches Aufsehen erregt.

Ehrenpreis des Führers für den „Preis der Nationen“.
Der Führer und Reichskanzler hat als Ehrenpreis für den „Preis der Nationen“ des Berliner Reit- und Springturniers eine bronzene Reiterstatue gestiftet, die von dem Berliner Bildhauer Hermann Fuchs — einem früheren Mitarbeiter des verstorbenen Professors Tuaillon — geschaffen wurde.

Verständigung mit England und Amerika in der Wirtschaft

Paris, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London soll Ministerpräsident Flandin beabsichtigen, bei seinem Londoner Aufenthalt mit englischen Wirtschafts- und Finanzkreisen über eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten zu verhandeln. Dadurch könnte später die gleichzeitige Stabilisierung der Währungen dieser Länder erleichtert werden.

Die Beisetzung Axel Holsts

DNB. **Stockholm,** 30. Jan. Am Mittwoch erfolgte in Börringe, dem Geburtsort Axel Holsts, die feierliche Beisetzung der sterblichen Ueberreste des hervorragenden Turnierreiters. Im Anschluß an die Andacht, die Pfarrer Weßberg hielt, sprach Obergruppenführer Sepp Dietrich herzliche Worte des Gedenkens und legte im Namen des Führers einen Kranz nieder. Reichsminister Darré ließ gleichfalls eine Kranzspende am Sarge niederlegen.

Zwei weitere Goldbarren gefunden

London, 30. Jan. Nach hier vorliegenden Meldungen konnten inzwischen zwei weitere Goldbarren von der Goldsendung des Flugzeuges Paris—London wieder aufgefunden werden. Die Goldsendung war bekanntlich am Samstag bei einem heftigen Sturm in der Nähe von Oisemont im Departement Somme aus dem Flugzeug gestürzt und zehn Barren waren bereits am Dienstag abend gefunden worden.

Auch die letzten Goldbarren gefunden.

DNB. **Paris,** 30. Jan. Am Mittwoch sind nunmehr auch die beiden letzten Goldbarren im Somme-Departement aufgefunden worden, die das englische Verkehrsflugzeug auf dem Fluge nach London im Sturm über Nordfrankreich verloren hatte. Der Direktor der Bank, die das Gold abgeschickt hatte, wird die von der Polizei sichergestellten Goldbarren wieder in Empfang nehmen.

„Paris Soir“ über die Aussichten der Londoner Besprechungen

DNB. **Paris,** 30. Jan. Der Außenpolitiker des „Paris Soir“ beschäftigt sich mit den Aussichten der französisch-englischen Ministerbesprechungen in London. Nach seiner Ansicht bringe England dem französischen Standpunkt Verständnis entgegen, wünsche aber auf der anderen Seite, Deutschland die Rückkehr nach Genf zu erleichtern, etwa dadurch, daß man die Völkerbundssatzungen vom Versailler Vertrag loslöse und unabhängig mache. Dieser Vorschlag werde übrigens Mussolini zugeschrieben. Nach Ansicht des Außenpolitikers sei er kaum durchführbar. Im übrigen suche England Frankreich von einer unmittelbaren Verständigung mit Sowjetrußland abzubringen. Auch diese Frage werde Gegenstand der Londoner Verhandlungen sein.

Hauptmann-Prozeß

Hauptmannprozeß: Aussagen der Frau des Angeklagten

Flemington, 30. Jan. In der Mittwoch-Verhandlung sagte die Frau Hauptmanns aus, daß ihr Mann in der Entführungsnacht und in der Nacht, in der das Lösegeld übergeben worden war, mit ihr zusammen gewesen sei. Auch am 26. November 1933, an dem ihr Mann in einem Kino angeblich Lösegeldbanknoten gewechselt haben sollte, sei er zu Hause gewesen. Schließlich sagte Frau Hauptmann noch aus, daß sie in Begleitung ihrer Schwiegermutter, ihre Deutschlandreise unternommen habe, um die Rückkehr ihres Mannes nach Deutschland vorzubereiten.

Japanischer Offizier in Nord-China erschossen

Mukden, 30. Jan. Im Hafen von Tschinwangtau wurde ein japanischer Offizier erschossen. Trotz aller Nachforschungen ist es bis jetzt nicht gelungen, des Mörders habhaft zu werden. Von japanischer amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß dieser Mord eine Folge der japanfeindlichen Hetze sei, die zur Zeit in Nordchina betrieben werde. Auf Veranlassung des japanischen Oberkommandos sind am Mittwoch mehrere Kanonenboote in Tschinwangtau eingetroffen.

Munitionslager in die Luft geflogen

Schanghai, 30. Jan. Nach einer jetzt erst bei der Zeitung „Shunpao“ eingetroffenen Meldung aus Tientsin ist am 24. Januar **das mandschurische Munitionslager Tschinhau in die Luft geflogen.** Die Ursache des Unglücks ist auf eine Unachtsamkeit der Arbeiter zurückzuführen. Die Bekämpfung des Feuers dauerte über einen halben Tag. Der Schaden beläuft sich auf über 1,5 Millionen Dollar. Vier Nachbarhäuser wurden ebenfalls zerstört. Durch umherfliegende Splitter der explodierenden Geschosse wurden elf Personen getötet. Außerdem wurden acht Soldaten und 15 Zivilpersonen verletzt. Der Leiter des Lagers wurde verhaftet.

V/29

Opfert gern für das Winterhilfswerk!

In den ersten drei Monaten betragen die Leistungen in Baden 5,3 Millionen RM

bld. **Karlsruhe**, 29. Jan. Die kalten und trockenen Zahlen erhalten Leben, sobald durch sie auf den Umfang und die Bedeutung einer Sache hingewiesen wird. Es gibt darum kein besseres Mittel von lebendiger und überzeugender Kraft als das einer zahlenmäßigen Darstellung, um ermessen zu können, welch ungeheure Summe an Arbeit und Mühen, Opfern und Leistungen hinter der sozialen Großtat des Winterhilfswerkes steckt. Schon die karteimäßige Erfassung der Unterstützungsbedürftigen stellte beträchtliche Anforderungen. Und als mit der großen Rede des Führers am 9. Oktober v. Js. das Winterhilfswerk 1934/35 eröffnet wurde, waren es in Baden 123 456 Fälle mit 342 934 Hilfsbedürftigen. Gegenüber dem ersten Winterhilfswerk mit rund 345 000 Bedürftigen konnte man also eine gewaltige Verminderung feststellen als Folge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der November und Dezember brachten indessen eine Zunahme auf 131 960 Fälle mit 407 796 Köpfen; denn es war gelungen, mehr als früher die verschämten Armen zu erfassen und den Kreis der Bedürftigen weiter zu ziehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es großer Mittel bedarf, die durch die Opferbereitschaft aller Volksgenossen aufgebracht werden müssen. Der Gau Baden aber kann für sich in Anspruch nehmen, in dieser Beziehung vorbildlich gewesen zu sein.

Das Eintopfgericht ist als ein Ausdruck der Volksgemeinschaft bereits zur Selbstverständlichkeit geworden und erbrachte in den Monaten Oktober, November und Dezember 1934 das schöne Ergebnis von 528 000 RM., was gegenüber dem ersten Winterhilfswerk eine wesentliche Steigerung bedeutet. Konnten doch damals in sechs Monaten „nur" 900 000 RM. von den Mitgliedern der PO. gesammelt werden. Dazu kommen die Straßensammlungen (Verkauf von Abzeichen usw.), die einen Reinertrag von 210 000 RM. ergaben. Bei jedem Wetter und zu jeder Zeit sah man hier NSV., SA., HJ., BdM., die Arbeitsfront, die Studentenschaft, die NS.-Frauenschaft und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege bei der eifrigen Sammeltätigkeit. Ein besonderes Gepräge hatte der „Tag der nationalen Solidarität" am 8. Dezember, an dessen Schluß als Opferspende echter Volksgemeinschaft der Betrag von 149 000 RM. gebucht werden konnte. Nicht gering sind ferner die Spenden aller Lohn- und Gehaltsempfänger, der Gewerbetreibenden usw., die bis zum 31. Dezember 1934 die Summe von rund 400 000 RM. ausmachten. Die Beamten der Reichspost und Reichsbahn führen ihre Spenden an die Reichsleitung direkt ab. Auch die verschiedenen Aufrufe hatten die direkte Zuweisung von Beträgen an die Reichsleitung zur Folge. Die Reichsführung läßt diese Mittel wieder den Notstandsgauen, zu denen auch Baden gehört, zufließen. An gezeichneten Spenden des Handels und der Industrie sowie der freien Berufe wurde bis zum 31. Dezember 1934 der Betrag von rund einer Million RM. erreicht. Die badische Jägerschaft hat sich durch eine Aktion gleichfalls am WHW. beteiligt und über 5000 Stück Wild neben 7800 RM. Bargeld gegeben.

Zählt man alle Bargeldspenden zusammen, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 2 684 000 RM. Es ist ein beredtes Zeugnis dafür, daß der Ruf des Führes von allen verstanden wurde. Das gilt in gleichem Maße für die eingegangenen Sachspenden. Hierunter fallen: 78 000 Zentner Kartoffeln, 4200 Ztr. Getreide, 125 000 Kilo Obst- und Gemüsekonserven (wobei zu erwähnen ist, daß das Einmachgeschäft in den Küchen der NS.-Frauenschaft besorgt wurde), 75 110 Laib Brot im Gesamtgewicht von 240 000 Pfund, 700 000 Pfund Lebensmittel aller Art, 5363 Stück Wild, 84 000 Stück gebrauchte Wäsche- und Kleidungsstücke, 1400 Haushaltungsgegenstände, 3700 Ztr. Kohlen, Koks und Briketts, 7500 Ster Brennholz, 1888 Wellen, 15 780 Bündel Brennholz, schließlich 14 200 Freitische für Erwachsene und Kinder.

Insgesamt erreichen die Sachspenden den Betrag von weit über 2 Millionen RM. Also auch hier ein glänzender Beweis des Opfersinnes!

Nun zur Verteilung! Die große Kopfzahl der Bedürftigen gibt einen Fingerzeig, in welchem Umfange zu den Geldspenden hat gegriffen werden müssen. Die Sachspenden sind fast restlos ausgegeben.

Aus den Geldspenden wurden folgende Anschaffungen gemacht: 323 000 Ztr. Kartoffeln, 80 000 Kilo Fischfilet, 100 000 Kilo Obstkonserven und Marmelade, 284 000 Kilo Mehl, 4500 Kilo Strickwolle. Dazu wurden noch große Posten Schuhe, Wäsche und Oberkleidung im Gesamtwert von 374 000 RM beschafft. An Lebensmittelgutscheinen wurden bisher zwei Ausgaben von je 800 000 Stück im Gesamtwert von 800 000 RM. ausgegeben, Kohlen auf Gutschein wurden 682 769 Ztr. im Wert von 860 000 RM. verabfolgt. Rechnet man diese Käufe zusammen, so ergibt sich eine Ausgabe von 2,8 Millionen RM. Aus den Warenbeständen der NSV. gelangten Schuhe, Kleidung und Wäsche im Gesamtwert von 300 000 RM. zur Verteilung. Außerdem erhielten verschiedene Großstädte, beispielsweise Mannheim, Karlsruhe und Freiburg aus den Mitteln der NSV. Sonderzuweisungen von insgesamt weit über 100 000 RM. Die Schulspeisungen in den größeren Städten erforderten bis jetzt etwa 45 000 RM. Auf dem Wege über das Hilfswerk „Mutter und Kind" wurde für 5000 RM. Lebertran verabfolgt.

Alles in allem erreichen die Leistungen in den ersten drei Monaten des WHW. 1934/35 an Lebensmitteln, Kartoffeln, Kohlen, Wäsche usw. die Summe von 5,3 Millionen RM. Da dies eine sehr vorsichtige Schätzung ist (es liegen noch nicht alle Unterlagen vor) dürfte sich der Betrag noch um ein Bedeutendes erhöhen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß sich der erfaßte Zeitraum eigentlich nur auf sechs Wochen erstreckt, da das WHW. praktisch erst Mitte November einsetzte.

Wir möchten noch folgendes bemerken: Die Kohlengutscheine werden in der Hauptsache von der Reichsführung des WHW. bezahlt — der Gau Baden erhält pro Gutschein (1 Zentner) 40 Pfg.

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor bildet das WHW. für die Arbeitsbeschaffung. Gelangten doch bisher für rund 800 000 RM. Lebensmittel auf dem Wege der Gutscheineinlösung vom Händler zum Verbraucher. Durch den Kauf von Lebensmitteln wurde ein weiterer Umsatz von 365 000 RM. erzielt. Somit hat der Lebensmittelhandel bis zum 31. Dezember 1934 durch das WHW. eine Umsatzsteigerung von 1,2 Millionen zu verzeichnen.

860 000 RM. wurden durch Kohlen- und Brikettgutscheine umgesetzt. Die Bauernschaft wird sich über die Hebung des Kartoffelabsatzes in Baden nicht wenig gefreut haben, handelt es sich dabei doch um den Kauf von 230 000 Zentner im Gesamtwert von 650 000 RM. Die Anfertigung von Sammelabzeichen für das WHW. brachte insbesondere auch den Heimschnitzern des Schwarzwaldes willkommenen Verdienst. Hierfür wurden 120 000 RM. ausgegeben. Der Ankauf von Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhen und Betten erforderte eine Ausgabe von rund einer halben Million RM. Auch auf diesem Gebiete hatte die Arbeitsbeschaffung erheblichen Antrieb. Die Aufträge des WHW. waren für einzelne Betriebe überhaupt nur eine Möglichkeit, sich weiterhin durchzuhalten. Daraus geht hervor, was das WHW. in Bezug auf die wirtschaftliche Seite bedeutet.

Wir wollen nicht schließen, ohne dankbar und anerkennend der unzähligen Helfer und Helferinnen in den Nähstuben der NSV. und der NS.-Frauenschaft wie auch in den NSV.-Küchen zu gedenken.

Die Parole des Führers: „Niemand soll hungern u. frieren" hat im Gau Baden ein freudiges Echo gefunden.

Für die nächste Zeit ist außer der Sonderausgabe von Lebensmittelgutscheinen zum 30. Januar noch folgendes geplant Es sollen etwa 66 000 Kilo Mischfette anfangs Februar zur Ausgabe kommen, ferner 300 000 Kilo Mehl, 25 000 Kilo Malzkaffee, 10 000 Kilo Zichorie, 52 600 Kilo Fischkonserven (die Versorgung mit Fischfilet steigert sich von Ausgabe zu Ausgabe, was im Interesse des deutschen Seefischfanges nur begrüßt werden kann), dazu Schuhe, Oberkleidung, Wäsche, Bettwäsche usw. Durch die Ausgabe von Gutscheinen spielt sich alles in stiller Weise ab. Man sieht nichts mehr vom Schlangenstehn. Der Erfolg des Winterhilfswerkes möge auch weiterhin ein Ansporn zur Opferwilligkeit für unsere bedürftigen Volksgenossen sein. Die dafür gebrachten Opfer sind nicht vergebens und zudem ein wirksames Mittel der Mithilfe am Wiederaufbau des Deutschen Reiches.

Ministerpräsident Köhler über die Zinsermäßigung

bld. **Karlsruhe**, 30. Jan. Ministerpräsident Köhler gewährte einem Mitglied der Schriftleitung der „Badischen Presse" eine Unterredung über das soeben von der Reichsregierung erlassene Zinsermäßigungsgesetz. Für ihn, so erklärte er, sei diese Aktion nicht überraschend gekommen. Sie sei das Glied in einer wohldurchdachten Kette von Maßnahmen, die als letztes Ziel eine Entlastung der Wirtschaft von den überhöhten Zinsen hat. Das Gesetz sei auch ein Beweis für die Stabilität und die Zielsicherheit der Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland. Die letzte Voraussetzung für die Zinssenkungsaktion sieht der Ministerpräsident in der erfreulichen Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft und in dem Vertrauen dieser Wirtschaft zur Staatsführung. Die jetzige Konversion werde sich reibungslos abwickeln und keinerlei Beunruhigung hervorrufen. Bei den Konversionen der anderen Länder habe man mit den Staatsanleihen begonnen. In Deutschland nehme man die Pfandbriefe vorweg, weil hier die Zinssenkung am dringendsten notwendig erschienen, um eine Entlastung des Hypothekenmarktes zu erreichen. Es sei selbstverständlich, daß auch für die Anleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden der Zeitpunkt der Konversion heranreift.

Ueber die Auswirkungen der Zinssenkung befragt, erklärte der Ministerpräsident u. a.: Die Aktion ist für die deutsche Wirtschaft von ungeheuerster Bedeutung. Besonders erfreulich erscheint es mir, daß der notleidende Hausbesitz, dem die Zinsersparnis von 120 Millionen RM. voll zugute kommen soll, eine wesentliche Entlastung erfährt. Damit aber nicht genug, wird die Zinssenkung auf diesem Sondergebiet regulierend auf die übrigen Gebiete der Geldwirtschaft übergreifen und weitere gewaltige Entlastungen für die Wirtschaft, insbesondere eine Senkung der Produktionskosten bringen. Durch die Aktion wird die selbständige Unternehmertätigkeit einen neuen Auftrieb erhalten, große Geldbeträge, die bisher kurzfristig angelegt waren, dürften nunmehr endgültig einer langfristigen Anlage zugeführt werden. Die durch eine Anleihekonversion zu erwartende Entlastung der Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden wird auch hier eine fühlbare Erleichterung bringen und den Weg für bisher zurückgestellte Aufgaben freimachen.

Ministerpräsident Köhler ist überzeugt, daß sämtliche Pfandbriefbesitzer von dem günstigen Angebot, das ihnen noch einen Bonus von 2% bietet, Gebrauch machen werden. Es sei besonders erfreulich, daß die Konversion in Deutschland ohne jeglichen Druck erfolgt. Daß die Zinssenkungsaktion im nationalsozialistischen Deutschland allüberall den freudigsten Widerhall findet, sei eine Selbstverständlichkeit. Ohne Experimente seien wir einem Ziel näher gekommen, das auch der Grenzlandwirtschaft Baden Entlastung und neuen Impuls geben wird.

Ministerpräsident Köhler über die Erweiterung des Geschäftsbetriebes der Badischen Bank

bld. **Karlsruhe**, 30. Jan. Der am Mittwoch einstimmig gefaßte Beschluß der Generalversammlung der Badischen Bank bedeutet einen Wendepunkt in der 70jährigen Geschichte dieses Bankinstitutes. Da mit dem 31. Dezember 1935 die Befugnis der Badischen Bank zur Notenausgabe erlöscht, ist jetzt mit der beschlossenen Satzungsänderung aufgrund des sogen. Ueberleitungsgesetzes eine Erweiterung des Geschäftskreises der Bank beschlossen worden. In der langsamen Entwicklung von der Privatnotenbank zur Kreditbank soll beim Zeitpunkt des Wegfalls des Notenprivilegs ein Gewinnersatz gefunden werden.

Ministerpräsident Köhler, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Badischen Bank, wies auf die einschneidende Bedeutung dieser Maßnahmen für die ganze Wirtschaftsgeschichte unserer Grenzmark Baden hin. So schmerzlich für unsere Wirtschaft die Erlöschung des badischen Notenausgaberechts ist, führte der Minister aus, unter dem Gesichtspunkt der deutschen Einheit müssen wir uns verständnisvoll damit abfinden. Die badische Regierung ist in dieser bedeutsamen Frage stets in engster Fühlungnahme mit der Reichsbank vorgegangen. Erinnert sei an die freundlichen Worte, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei seinem letzten Besuch im Grenzland Baden der Zukunft der Badischen Bank gewidmet hat. Der erste Entwurf des Ueberleitungsgesetzes ist im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium entstanden. Der badische Staat als Großaktionär der Badischen Bank stimme der Ueberleitung der Bank zu einer regionalen Kreditbank deshalb zu, weil er der Ueberzeugung ist, daß gerade die badische Grenzlandwirtschaft, die in einem schweren Abwehrkampf mit besonderen Grenzlandnöten steht, trotz einer unleugbaren Uebersetzung im Kreditwesen einer gesunden und selbständigen Kreditquelle bedarf. Der Minister dankte Direktor Dr. Betz, der mit kräftiger Hand seit mehr als 20 Jahren die Geschicke der Badischen Bank maßgebend beeinflußt und geleitet hat. Dr. Betz habe die Bank nicht nur als kapitalistisches Unternehmen geführt, vielmehr unter großen allgemein-wirtschaftlichen Gesichtspunkten. An die badische Wirtschaft richtete Ministerpräsident Köhler abschließend die Bitte, der Badischen Bank auf ihrem Weg behilflich zu sein.

Die Feier des 30. Januar

bld. **Karlsruhe**, 30. Jan. Aus Anlaß des Tages der nationalen Erhebung ist die Stadt reich beflaggt.

Am Vormittag legten der Lehrkörper und die Studentenschaft der Techn. Hochschule an der Gedenktafel für die Gefallenen von 1870/71 und am Ehrenmal für die Toten des Weltkrieges Kränze nieder. Um 11 Uhr versammelten sich der Lehrkörper und die Studentenschaft mit den Spitzen der Behörden, darunter Ministerialdirektor Frank als Vertreter des Unterrichtsministeriums und sonstige Gäste im großen Saal des Studentenhauses zum Gedenktag der Reichsgründung und der nationalen Erhebung. Der Saal war voll besetzt. Nach dem Einzug der Fahnenabordnungen und dem Verklingen des Nibelungenmarsches ergriff der Rektor, Prof. Dr. Kluge, das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Was niemand ahnte, hat der unglückliche Krieg vollbracht. Er führte nicht nur zur Erhaltung, sondern auch zur Vollendung des Bismarck'schen Reiches. Adolf Hitler, dem unbekannten Soldaten, war es beschieden, das neue geeinigte Reich zu schaffen. Wir haben deshalb durchaus recht, wenn wir den glorreichen 18. Januar 1871, da zu Versailles das deutsche Kaiserreich ausgerufen wurde, zusammen mit dem 30. Januar 1933 feiern, an welchem Tage der greise Marschall von Hindenburg die Macht in die Hände Adolf Hitlers legte. Es zeigt sich in der Entwicklung eine gerade Linie aus der Zerrissenheit zur Einigkeit des deutschen Volkes. Unser Führer und Reichskanzler, so schloß die Ansprache, werde auch sein außenpolitisches Friedenswerk zu einem glücklichen Ende führen, wenn das deutsche Volk in Treue zu ihm halte. Nach der Oberon-Ouvertüre folgte die Rede des Prof. Dr. H. S. Weber über das Thema „Deutsche Grenzlande und Deutsche Technik". Prof. Weber würdigte in seinem Vortrag die besonderen Aufgaben der deutschen Grenzlande wie auch der deutschen Technik beim Wiederaufbau. Die Ansprache leitete über zum Gesang des Deutschland- und Horst-Wesselliedes. Mit dem Saarmarsch erreichte die festliche Veranstaltung ihr Ende.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Grippeepidemien in Frankreich. Im 4. Infanterieregiment von Sens ist eine Grippeepidemie ausgebrochen, die seit acht Tagen fünf Todesopfer gefordert hat. Augenblicklich sind 200 Mann erkrankt. Grippeepidemien werden auch aus anderen Gegenden Frankreichs gemeldet.

Generalstaatsanwalt Pressard †. Der ehemalige Generalstaatsanwalt im Seine-Departement und Schwager des ehemal. Ministerpräsidenten Chautemps, George Pressard, ist am Dienstag im Alter von 69 Jahren gestorben. Pressard ist der breiten Oeffentlichkeit nach dem Stavisky-Skandal und im Zusammenhang mit dem rätselhaften Tod des Generalrates Prince bekannt geworden.

49 Todesopfer des Methylalkohols im Staate Neuyork. Der von gewissenlosen Schmugglern im Staate Neuyork abgesetzte Methylalkohol hat weitere Todesopfer gefordert. So starben in Utica 17, in Cloversville bisher 32 Personen. Weitere 20 Personen, an denen die Symptome des „schleichenden Todes" festgestellt werden konnten, wurden in besonders errichtete Baracken gebracht, wo die Aerzte sich bemühen, die Eingelieferten am Leben zu erhalten.

Großfeuer in der Universität Oxford Durch ein Großfeuer wurde am Mittwoch der Westflügel des theologischen Seminars der weltberühmten Universität Oxford zerstört.

Stunde des Chorgesangs beim Reichssender Stuttgart

bld. Neuerdings hat der Reichssender Stuttgart Sonntags von 15 Uhr bis 15,30 Uhr eine halbe Stunde des Chorgesangs festgesetzt, die abwechselnd den Vereinen des Schwäbischen und Badischen Sängerbundes zur Verfügung steht. Mit der Bearbeitung und Prüfung aller Anträge und Programme von Chören des Bad. Sängerbundes hat der Sängergauführer den stellvertretenden Gauchormeister Ernst Ketterer-Freiburg beauftragt. Der Rundfunkbeauftragte des Badischen Sängerbundes gibt in der „Süddeutschen Sängerzeitung" Richtlinien für Rundfunkprogramme bekannt, in denen von den Vereinen besonders die Pflege neuesten Liedgutes gefordert wird, ferner Betonung des heimatgebundenen Volksliedes. Die Rundfunkdarbietungen müssen alle technisch einwandfrei ausgearbeitet und in Zusammenstellung und Ausführung wertvoll sein.

Vom Badischen Sängerbund

bld. Die geographische Lage des badischen Landes hat einige Aenderungen in der Einteilung der Sängerkreise erforderlich gemacht. Es gibt jetzt 15 Sängerkreise innerhalb des Badischen Sängerbundes: Konstanz, Waldshut, Lörrach, Freiburg, Villingen, Offenburg, Ortenau-Oos, Mittelbaden, Karlsruhe, Pforzheim, Bruchsal, Mannheim, Heidelberg, Mosbach, Wertheim.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abgabe der Steuererklärungen

für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer für 1934 und Vermögenssteuer für 1935.

In diesen Tagen werden die Finanzämter den Steuerpflichtigen, bei denen vermutet wird, daß sie zur Abgabe von Erklärungen verpflichtet sind, die Vordrucke zu den Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1934 und die Vordrucke zur Vermögenserklärung 1935 zusenden. Die Erklärungen sind auf Grund der den Mustern aufgedruckten oder beigefügten Anleitungen und Hinweise in allen Teilen sorgfältig und gewissenhaft auszufüllen und bis spätestens 28. Februar 1935 bei den Finanzämtern abzugeben. Steuerpflichtige, die keine Vordrucke erhalten, aber nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, Körperschaftssteuergesetzes, Umsatzsteuergesetzes, Vermögensteuergesetzes und den Durchführungsbestimmungen zu diesen Gesetzen zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, haben die Vordrucke hierzu vom Finanzamt anzufordern.

Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß folgende Steuerpflichtige auch ohne besondere Aufforderung Steuererklärungen abzugeben haben:

A. Bei der Einkommensteuer.

I. Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige, d. h. natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben eine Steuererklärung über ihr gesamtes Einkommen abzugeben

1) wenn ihr Einkommen den Betrag von 8000 RM. überstiegen hat oder
2) wenn ihr Einkommen weniger als 8000 RM., aber mehr als 4000 RM. betragen hat und darin Einkünfte von mehr als 300 RM. enthalten sind, die weder der Lohnsteuer noch Kapitalertragssteuer unterlegen haben, oder
3. ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, wenn es ganz oder teilweise aus Gewinn aus dem Betriebe von Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit bestanden hat und der Gewinn auf Grund eines Buchabschlusses ermittelt ist.

II. Beschränkt Steuerpflichtige, d. h. natürliche Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, und zwar über die im Kalenderjahr 1934 bezogenen inländischen Einkünfte

1) wenn ihre gesamten inländischen Einkünfte, nach Abzug der Einkünfte, die der Lohnsteuer oder der Kapitalertragsteuer unterliegen, 4000 RM. übersteigen oder
2) ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer inländischen Einkünfte, wenn diese ganz oder teilweise aus Gewinn aus dem Betrieb von Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit bestanden haben, und der Gewinn auf Grund eines Buchabschlusses ermittelt ist.

B. Bei der Vermögenssteuer.

1. Von den unbeschränkt Vermögenssteuerpflichtigen haben eine Vermögenserklärung über ihr Gesamtvermögen abzugeben:

I. Natürliche Personen,

1) die ledig sind: wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt,
2) die verheiratet oder verwitwet sind: wenn ihr Gesamtvermögen 20 000 RM. übersteigt.

Hierbei ist das Vermögen der Ehefrau und der minderjährigen Kinder mit zu berücksichtigen, der Freibetrag (§ 5 Vermögenssteuergesetz) darf nicht abgezogen werden.

II. Nicht natürliche Personen:

1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften:
   ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gesamtvermögens,
2) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nicht rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, außerdem Kreditanstalten des öffentlichen Rechts:
   wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt.

2. Beschränkt Vermögenssteuerpflichtige haben eine Vermögenserklärung über ihr Inlandsvermögen abzugeben:
   ohne Rücksicht auf die Höhe des Inlandsvermögens.

3. Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind und die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, haben eine Vermögenserklärung abzugeben:
   wenn das Vermögen der Gesellschaft 10 000 RM. übersteigt.

Die Abgabe der Steuererklärung, die eigenhändig unterschrieben sein muß, kann durch Geldstrafen erzwungen werden. Bei Nichtabgabe oder verspäteter Abgabe der Erklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Eine allgemeine Verlängerung der Erklärungsfrist kommt nicht in Frage. Nur wenn besondere Gründe dies rechtfertigen, kann das Finanzamt die Steuererklärungsfrist auf besonderen Antrag in einzelnen Fällen verlängern. Derartige Anträge, die eingehend zu begründen sind, müssen ebenfalls bis spätestens 28. Februar ds. Js. beim Finanzamt eingereicht werden.

Zur Sonnenfinsternis am 3. Februar 1935

bld. Beim Neumond am 3. Tag des Monats wandert, allerdings für den Europäer unsichtbar, da während der hier herrschenden Nachtstunden, der Erdbegleiter nur wenig nördlich an der Sonne vorüber, so daß zur Zeit der stärksten Verfinsterung etwa 3/4 des Sonnendurchmessers verdeckt wird. Die Finsternis ist sichtbar im nordöstlichen Teil des Stillen Ozeans, in Nordamerika mit Ausnahme des nordwestlichen Teils, in Mittelamerika, im nordwestlichen Teil des Atlantischen Ozeans und im südlichen Teil von Grönland. Die nächste Sonnenfinsternis dieses Jahres tritt dann am 30. Juni ein, sie ist ebenfalls partiell und ebenfalls in Deutschland unsichtbar.

Lest Eure Heimatzeitung das „Durlacher Tageblatt"

Baden

Personelles. Ernannt wurde: der zum Volksgerichtshof in Berlin beurlaubte Landgerichtsrat Ludwig Luger zum Landgerichtsdirektor, die Gerichtsassessoren Ernst Bloch aus Frankfurt a. M. und Theodor Henn aus Mannheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Justizrat" zu Notaren, ersterer in Meersburg, letzterer in Tauberbischofsheim.

Versetzt wurde: Regierungsrat Walter Staiger beim Bezirksamt Freiburg zum Ministerium des Innern.

Mannheim, 30. Jan. (Zusammenstoß.) Auf der Bismarckstraße stieß am Montag ein Lastkraftwagen, dessen Führer dem von rechts kommenden Straßenbahnzug das Vorfahrtsrecht nicht einräumte, mit diesem zusammen. Die beiden Führer und ein Fahrgast erlitten leichtere Verletzungen.

Mannheim, 30. Jan. (Einweihung.) Die Dragonerkaserne in M 4 a, die während der Notzeit Wohnungszwecken diente, wurde im Laufe der letzten Wochen in ein Heim für die SS., SA., Hitlerjugend und das Jungvolk umgewandelt. Am Dienstag fand mit einer kurzen Feier die Einweihung als „Schlageter-Haus" im Hof der ehemaligen Dragonerkaserne statt.

Pforzheim, 30. Jan. (Tödlicher Sturz.) Vor einigen Tagen stürzte ein 55 Jahre alter Mann, als er in seine Wohnung zurückkehrte, auf dem Steinboden aus und zog sich an der rechten Schläfe eine stark blutende Wunde zu. Der Mann ist an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Mühlacker, 30. Jan. (Kraftwagendiebe gefaßt.) In der Nacht auf Samstag hielt ein viersitziger Mercedes-Kraftwagen vor der Tankstelle Lehr in Lienzingen bei Mühlacker. Man tankte 20 Liter Benzin. Als es ans Bezahlen ging, bat der Käufer um eine Quittung. Die Frau erwiderte ihm, er solle erst seine Schuld begleichen, dann könne er auch eine Quittung erhalten. Durch die Auseinandersetzung war der verheiratete Sohn der Frau Lehr wach geworden und hatte sich rasch angezogen. Als die beiden als Bezahlung für das Benzin gar noch ein Polsterstück des Wagens anboten, hielt man sie fest. Man holte den Polizeidiener und dieser verlangte die Ausweispapiere. Die Beiden hatten keine Zulassungsbescheinigung und keine Steuerkarte bei sich. Eine Rückfrage beim Polizeipräsidium Karlsruhe ergab dann, daß der Wagen am 23. Januar dort gestohlen worden war. Nach anfänglichem Leugnen gestanden die Diebe ihre Tat ein. Die beiden Burschen stehen im Alter von 20 und 22 Jahren. Der eine stammt aus der Pfalz, der andere aus Westfalen.

Heidelberg, 30. Jan. (Schwerer Zusammenstoß.) Im Stadtteil Schlierbach stieß der 42 Jahre alte Steinbruchbesitzer Heinrich Fink aus Kortelshütte mit einem ihm entgegenkommenden Lieferwagen zusammen. Fink erlitt einen schweren Kiefer- und Schädelbruch. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Mosbach, 30. Jan. (Beamtenschulung.) Zur Schulung der Beamten und Behördenangestellten wurde hier eine Zweiganstalt der Deutschen Verwaltungsakademie errichtet. Vorsitzender der Zweiganstalt Mosbach ist Bürgermeister Dr. Lang.

Großrinderfeld (Taubergrund), 30. Jan. (Verhängnisvoller Sturz.) Der Landwirt Ruppert Bach stürzte infolge eines Fehltritts vom Scheunengebälk in die Tiefe. Ins Würzburger Krankenhaus verbracht, ist er dort seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Neustadt i. Schw., 30. Jan. (Totaufgefunden.) Am Montag abend wurde die 65 Jahre alte Pfründnerin Emma Imbery am Ende der Kellertreppe tot aufgefunden. Man nimmt an, daß Frl. Imbery, die häufig an Schwindelanfällen litt, von einem Schlaganfall betroffen wurde und die Kellertreppe hinabstürzte. Der Unglücksfall muß sich schon am Samstag zugetragen haben.

Hägelberg, A. Lörrach, 30. Jan. (Fuchs im Hühnerstall.) Dem Hühnerstall des hiesigen Ratschreibers hat ein Fuchs einen Besuch abgestattet. Der Räuber, den man schon seit längerer Zeit in der Nähe beobachtet hat, brachte 15 Hühner zur Strecke.

Zimmerholz b. Engen, 30. Jan. (Unfall mit Todesfolge.) Im Alter von 71 Jahren ist der Landwirt Josef Kaiser gestorben. Der Tod war die Folge von schweren Verletzungen, die Kaiser vor wenigen Tagen dadurch erlitten hatte, daß er von einem Rind am Dorfbrunnen zu Boden gestoßen wurde.

Rheinsheim b. Philippsburg, 30. Jan. (Vom Rheinbrückenbau.) Der Bau der Speyerer Rheinbrücke ist in vollem Gange. Die Wegebauten auf badischer Seite sind kurz vor ihrem Abschluß, teilweise schon beendet. Die Brücke selbst, die eine Länge von 272 Meter von Auflage zu Auflage, mit den sechs Vorflutöffnungen eine solche von insgesamt 563 Meter haben wird, ruht auf drei Pfeilern, zwei Widerlagern und acht Vorflutpfeilern. Die beiden äußeren Pfeiler sind bereits fertig, während der mittlere und stärkste Strompfeiler, der die größte Last zu tragen hat, etwa im März fertiggestellt sein wird. Auch die Vorflutpfeiler sollen bis Mai überdacht sein. Mit der Montage der Einsenkonstruktion will man im Laufe des nächsten Jahres beginnen. Die Brücke wird nach ihrer Fertigstellung 9,10 Meter über dem höchsten Wasserstand liegen, während die Anfahrtsdämme eine Höhe von 14 Meter haben werden.

Waldshut, 30. Jan. (Brandstifter.) Das Schwurgericht verurteilte den 30 Jahre alten J. H. wegen Brandstiftung und schweren Diebstahls zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte im Spätjahr 1934 in seiner Heimatgemeinde ein etwas abseits stehendes Haus in Brand gesteckt, um seine vorher in diesem Hause verübten Einbruchsdiebstähle zu vertuschen.

Freiburg, 30. Jan. (Auflösung.) Nach fast hundertjährigem Bestehen hat sich der Freiburger Gewerbeverein aufgelöst. Das rund 18 000 RM. betragende Vermögen wurde der Kreishandwerkerschaft Freiburg überwiesen. Die dem Vorstand des Vereins zu treuen Händen übergebene Stiftung des verstorbenen Kommerzienrats Dr. Brenzinger in Höhe von 5000 RM., geht an die Städtische Stiftungsverwaltung über.

Herbolzheim b. Freiburg, 30. Jan (Stadtjubiläum.) Unsere Stadt wird am kommenden Sonntag das 125jährige Stadtjubiläum feiern.

Säckingen, 30. Jan. (Reumütiger Dieb.) Im nahen Harpolingen wurde während der Weihnachtszeit von dem auch in dieser Gemeinde aufgestellten Weihnachtsbaum die elektrische Beleuchtung entwendet. Trotz Untersuchung konnte der Täter nicht ausfindig gemacht werden. In den letzten Tagen fand man nun auf der Rathaustreppe die elektrischen Glühlampen usw. wieder vor, wo sie der Dieb anscheinend in einem Anfall von Reue niedergelegt hatte.

Niederweiler, A. Müllheim, 30. Jan. (Diamantene Hochzeit.) Die Eheleute Gustav Mößner zum „Wartecke" hier konnten am Dienstag das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit begehen.

Konstanz, 30. Jan (Neuer Landrat.) Der Reichsstatthalter hat den Kreisleiter Karl Engelhardt mit Wirkung vom 1. Februar 1935 zum Landrat in Konstanz ernannt. Der bisherige Landrat Alfred Franck, wurde vom gleichen Zeitpunkt an zum Präsidenten der Badischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Karlsruhe ernannt.

Basel, 30. Jan. (Tödlicher Unfall.) Der 65 Jahre alte frühere Bäckermeister Gerschwiler, wohnhaft in St. Gallen-Ost, stürzte infolge zu frühen Oeffnens der Schiebetür durch einen anderen Passagier aus dem noch fahrenden Straßenbahnwagen. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Das deutsche Volk — Ein Volk der Arbeit

Das deutsche Volk — Ein Volk der Arbeit.

bld. **Karlsruhe,** 29. Jan. Der große Friedrichshof-Saal erlebte am Montag abend eine imposante Kundgebung des unbeugsamen Willens, Arbeit und Leistung in den Mittelpunkt des national-sozialistischen Staates zu stellen. Diese grundsätzliche Forderung unseres Führers und Reichskanzlers hat im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen. Es ergibt sich daraus, daß der Arbeiter als solcher wieder geschätzt und geachtet wird und die ihm als Mensch wie auch als Glied der Volks- und Kulturgemeinschaft zukommende Würdigung erfährt. Somit ist ein grundlegender Wandel der Gesinnung eingetreten. Der deutsche Arbeiter wurde durch den Nationalsozialismus aus dem Gefühl der Minderwertigkeit herausgehoben, in das ihn ein materialistisches Zeitalter leider hineingedrängt hatte. Dieser Entwicklungsgang wurde vor den Amtswaltern der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" durch den Reichsamtsleiter Dreßler-Andreß in einem ausgezeichneten Vortrag geschildert. Er stellte dabei fest, daß die Deutsche Arbeitsfront ohne jedes Vorbild sei und in Vollzug der nationalsozialistischen Revolution die organische Zusammenfassung und Zusammenschweißung der schaffenden deutschen Volksgenossen darstelle. Sie sei nichts anderes als die Fortsetzung der deutschen Arbeiterbewegung, nur in einem viel größeren und umfassenderen Sinn. Was an den Gewerkschaften wertvoll war, müsse erhalten und weitergepflegt werden. Es sei dies die zu jeder Zeit festzustellende unerhörte Solidarität. Die deutsche Arbeiterschaft habe sich deshalb an Marx geklammert, weil ihr Geist und Kultur nichts zu sagen vermochten. Schließlich standen zwei Welten gegeneinander, und es mußten sich zwangsweise verschiedene Weltanschauungen entwickeln. Man gab der Arbeit keinen höheren Preis als eine Sparte im Hauptbuch der Wirtschaft. Unsere Aufgabe, so fuhr der Redner fort, sei es nun, dafür einzutreten, daß die Arbeit wieder als höchstes Glück betrachtet und in den Mittelpunkt all unserer Betrachtungen gestellt wird. Wir müssen alles tun, um der Arbeit den Sinn zu geben, der ihr gebührt. Erst dann gelingt die Befreiung der Arbeiterschaft, wenn es gelungen ist, die Arbeit zu befreien. Wir wollen den nationalsozialistischen deutschen Arbeiterstaat. Das Gesetz, nach welchem wir angetreten sind, ist nach dem Willen des Führers nicht abzuändern. Der deutsche Volksgenosse ist eben der deutsche Arbeiter. Und wie in der Front des Weltkrieges, so gilt es jetzt in der Front der friedlichen Arbeit, Opfer für Volk und Vaterland zu bringen. Arbeit, Leistung und Hingabe werden von allen deutschen Volksgenossen in gleichem Maße verlangt. Nur die Unterordnung unter das ewige Gesetz verbürgt die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit innerhalb der Volksgemeinschaft. Ein neues sittliches Gesetz muß als Lebensausdruck den ganzen Menschen erfüllen. So hat die Deutsche Arbeitsfront ihre Mission in der Geschichte. Sie soll zu einem leuchtenden Vorbild werden und in diesem Sinne zu einem Sieg des Deutschtums über die Welt führen.

Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Reichsamtsleiters. Mit einem Siegheil auf den Führer und dem Gesang der ersten Strophe des Horst Wesselliedes fand die vom Gauwalter der KDF., Steiger, geleitete und von Musikvorträgen eines SS-Musikzuges umrahmte Kundgebung ihren Abschluß.

Badisches Sängerbundesfest 1935

bld. **Karlsruhe,** 29. Jan. Zum Bundesfest des Bad. Sängerbundes in Karlsruhe in den ersten Oktobertagen 1935 wird berichtet, daß die Wahl des Termins abhängig war von der großen Karlsruher Kulturwoche, deren Ende und Krönung das Liederfest der Badischen Sängerschaft bilden soll. Die Stadt Karlsruhe läßt dem geplanten Fest eine bisher noch nie dagewesene Unterstützung zuteil werden.

Das Wetter

für Freitag

Der westliche Hochdruck behauptet sich zwar, doch ist infolge der nördlichen Tiefdruckgebiete nicht mit beständiger Witterung zu rechnen, so daß für Freitag allmählich mehr bedecktes und weniger frostiges Wetter zu erwarten ist.

Unser **Inventur-Verkauf**

steht im Zeichen des niedrigen Preises für gute Qualität

Gardinen, Stores, Dekorationsstoffe in Rips, Voile, Marquisette, Kettendruck, Schwedenstreifen, sowie fertige Garnituren in vielen Ausführungen, in denkbar großer Auswahl

Gardinen-Spezialhaus **Eugen Kentner A.G.**

Beginn: 28. Januar **Karlsruhe, Kaiserstr. 84**

Kauf oder Verkauf
vom kleinsten Wohnhaus bis zum größten Anwesen immer durch eine Anzeige im
Durlacher Tageblatt

Aus Stadt und Land

— Die Inhaber von Eisenbahnpachtgelände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ackerpachtzinsen am 1. Februar bei der Bahnhofskasse Durlach zu zahlen sind.

*

Durlach, 31. Jan. Heute abend findet im Vereinslokal „Alte Residenz" die ordentliche Generalversammlung des Liederkranz Durlach statt.

*

Karlsruher Polizeibericht vom 31. Januar 1935.

Verkehrsunfälle: Am 30. Januar 1935 um 23,15 Uhr versuchte in der Rastatterstraße der Führer eines Personenkraftwagens einen andern Kraftwagen zu überholen, obwohl letzterer durch seinen Fahrtrichtungsanzeiger angedeutet hatte, daß er nach links einbiegen wolle. Um einen Zusammenstoß mit dem im gleichen Augenblick nach links einbiegenden Kraftwagen zu vermeiden, bog der Führer des nachfolgenden Wagens auf den Gehweg aus und fuhr dort gegen eine Gaslaterne, die beschädigt wurde. Der Kraftwagen wurde leicht beschädigt.

Am 29. Januar 1935 gegen 20 Uhr fuhr auf der Linkenheimer Landstraße der Führer eines Kraftwagen gegen einen Baum und mußte mit einer schweren Brustquetschung in das Feme St. Vinzentiuskrankenhaus eingeliefert werden. Der Kraftwagen wurde schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Die Schuldfrage konnte bis jetzt noch nicht geklärt werden, da der Verletzte noch nicht vernehmungsfähig ist.

Hühnerdiebe festgenommen: Am 31. Januar 1935 um 0,35 Uhr wurden 3 Zigeuner festgenommen, weil sie am Ludwigsplatz dadurch groben Unfug verübten, daß sie von öffentlichen Fernsprechzellen aus verschiedene Telefonnummern anriefen und sich dann entfernten. In einem von den Zigeunern mitgeführten Koffer befanden sich 6 frisch erwürgte Hühner, die von den Zigeunern zweifellos aus einer Gartenhütte entwendet wurden.

Der eine der Festgenommenen hatte außerdem noch einen Schraubenschlüssel (Engländer) und einen Dolch bei sich. Die Herkunft der Hühner konnte bis jetzt noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Durlacher Filmschau

In dem neuen Europa-Film „Da stimmt was nicht", eine Posse nach dem gleichnamigen Schwank von Arnold und Bach, erscheint Victor de Kowa wieder in einer großen Rolle, die dem pfiffigen Naturburschen auf den Leib geschrieben ist. Er spielt die Rolle eines Barons, dessen Diener mit seinen Papieren Heiratsschwindel treibt. Neben Victor de Kowa erscheinen in den Hauptrollen Lizzi Holzschuh, Elga Brink, Paul Heidemann, Ralph Arthur Roberts, Adele Sandrock. Die Spielleitung hatte Hans H. Zerlett, der auch das Drehbuch schrieb. Die Musik komponierte Eduard Künnecke. Ab heute im **Markgrafen-Theater.**

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom 30. Januar

Argentinien (1 Pap.-Peso)	0,628	0,632
Belgien (100 Belga)	58.17	58,29
England (1 Pfund)	12,20	12,23
Frankreich (100 Frc.)	16,41	16,45
Holland (100 Gulden)	168,42	168,76
Italien (100 Lire)	21,30	21,34
Norwegen (100 Kr.)	61,32	61,44
Oesterreich (100 Schilling)	48,95	49,05
Schweden (100 Kr.)	62,91	63,03
Schweiz (100 Frc.)	80,72	80,88
Tschechoslowakei (100 Kr.)	10,40	10,42
V. St. von Amerika (1 Dollar)	2,505	2,51:

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 29. Jan. Auftrieb: 213 Rinder, 267 Kälber, 742 Schweine. Preise: Ochsen 28—38, Bullen 28—36, Kühe 12—28, Rinder 28—40, Kälber 28—48, Schweine 47—53 RM.

Karlsruher Fleischgroßmarkt vom 29. Jan. Preise für 1 Pfd.: Ochsenfleisch 58—64, Kuhfleisch 36—48, Färsenfleisch 58—64, Bullenfleisch 56—62, Schweinefleisch 72—76, Kalbfleisch 58—68, Hammelfleisch 70—75 Pfg. Tendenz langsam.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 29. Jan. Auftrieb: 683 Rinder, 826 Kälber, 2364 Schweine. Preise. Ochsen b 31—35, c 26—30, Bullen a 35—36, b 30—34, c 26—29, Kühe a 28 bis 31, b 24—27, c 19—23, d 12—18, Rinder a 37—40, b 31—36, c 26—30, Kälber a 45—50, b 37—44, c 31—36, d 21—30, Schweine a 48/53, b 47—53 RM.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 29. Jan. Auftrieb: 93 Rinder, 185 Kälber, 370 Schweine. Preise: Ochsen 28—34, Bullen 28—35, Kühe 13—22,5, Rinder 30—38, Kälber 32—43, Schweine 48—53, Sauen 44 RM.

Ettlinger Schweinemarktbericht vom 30. Januar 1935.

Zugefahren: 30 Ferkel und 83 Läufer. Verkauft: 21 Ferkel und 58 Läufer. Preis: Ferkel 25—30 RM. das Paar; für Läufer 42—62 RM. das Paar.

Verbrauchergenossenschaft Durlach e. G. m. b. H.

Jahresabschluß vom 30. Juni 1934.

Vermögensbestandteile

	Anfangsbestand RM	Zugang RM	Abgang RM	Abschreibungen RM	Endbestand RM	RM
I. Anlagevermögen:						
1. Bebaute Grundstücke:						
a) Dem Geschäftsbetrieb der Genossenschaft dienend	97 306.90	3 354.11	—	—	100 661.01	
b) Sonstige Grundstücke	45 514.60	—	—	4 838.60	40 676.00	
a—b Grundstückswerte zusammen	142 821.50	3 354.11	—	4 838.60	—	141 337.01
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	4 720.00	—	—	—	4 720.00	
3. Betriebs- und Geschäftseinrichtungen	29 240.00	747.70	—	11 410.70	18 577.00	
4. Kraftwagen	6 930.00	—	—	3 109.00	3 821.00	
2—6 Einrichtungen zusammen	40 890.00	747.70	—	14 519.70	—	27 118.00
II. Beteiligungen: (einschließlich der zu Beteiligungen bestimmten Wertpapiere):						
1. Beteiligung bei dem Reichsbund	33 469.40	—	—	—	33 469.40	
2. Sonstige Beteiligungen	2 174.38	52.55	721.00	—	1 505.93	
1—2 Beteiligungen zusammen	35 643.78	52.55	721.00	—	—	34 975.33
III. Umlaufsvermögen:						
1. Fertige Erzeugnisse, Waren					111 973.00	
Bestände zusammen						111 973.00
2. Wertpapiere					6 405.00	
3. Außenstände bei den Mitgliedern					17 777.00	
4. Schulden der Verteilungsstellenleitungen					546.09	
5. Einzahlungen auf Bausparverträge					2 845.58	
2—5 Angelegte Werte zusammen						27 573.67
6. Bankguthaben						
a) bei dem Reichsbund: in laufender Rechnung				35 035.74		
b) bei sonstigen Banken: in laufender Rechnung				16 353.90	35 035.74 16 353.90	
7. Guthaben bei Notenbanken und Postscheckkonto					655.07	
8. Kassenbestand					2 200.39	
6—8 Flüssige Werte zusammen						54 245.10
IV. Verlust:						
Verlust aus 1933/34					7 499.75	7 499.75
						404 721.86

Eigenkapital und Verbindlichkeiten

	RM	RM	RM
I. Geschäftsguthaben			
1. der verbleibenden Mitglieder		86 567.26	
2. der ausscheidenden Mitglieder		1 120.40	87 687.66
II. Rücklagen (Reservefonds):			
1. Gesetzliche Rücklage		109 562.01	
2. Andere Rücklagen		9 505.99	119 068.00
III. Rückstellungen			8 890.00
IV. Verbindlichkeiten:			
1. Grundstücksschulden:			
a) Auf Grundstücken der Genossenschaft lastende Hypotheken	82 030.11		
b) Hausanteile: ungesicherte	219.67	82 249.78	
2. a) Spareinlagen mit Zinsen	34 777.77		
b) Sparmarken	25.80	34 803.57	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitern u. Angestellten aus gegebenen Pfandgeldern		310.10	
4. Anzahlungen von Mitgliedern für noch zu liefernde Waren		61.00	
5. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen:			
a) bei dem Reichsbund	22 411.78		
b) bei Sonstigen	10 674.89	33 086.27	
6. Sterbefond		2 277.87	
7. Geschäftsguthaben ausgeschiedener Mitglieder		1 151.50	
1—7 Verbindlichkeiten zusammen			153 940.09
V. Rückvergütung:			
1. Aus dem Vorjahr noch nicht erhobene Rückvergütung		5.26	
2. Rückstellung für das Geschäftsjahr 1933/34		31 180.00	31 185.26
VI. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen			3 950.85
			404 721.86

Gewinn- u. Verlustrechnung zur Bilanz vom 30. Juni 1934.

Aufwendungen:

	Insges. allen Betrieben RM	RM
1. Lohn und Gehalt	87 822.94	
2. Soziale Abgaben	8 644.51	
3. Sachversicherungen	1 369.20	
4. Zinsen	5 455.85	
5. Miete	21 481.30	
6. Gebäudeunkosten	1 498.01	
7. Sonstige Sachunkosten	27 022.40	153 294.21
8. Steuern		
a) Umsatzsteuer	18 933.20	
b) Grundsteuer und Ertragsteuer	8 744.02	
c) Sonstige Steuern	2 418.40	30 095.62
9. Abschreibungen		
a) Bebaute Grundstücke	4 838.60	
b) Einrichtungen	11 410.70	
c) Kraftwagen	3 109.—	19 358.30
10. Sonst Aufwendungen		13 559.54
		216 307.67

	RM	RM
1. Waren-Rohertrag	163 343.15	
2. Sonstige Roherträge	22 673.28	186 016.43
3. Ertr. aus Feuervers.	90.—	
4. Zinsen und andere Kapital-Erträge	592.76	
5. Barabzug	2 625.98	
6. Leergut	1 320.95	
7. Gebäudeertrag	14 760.40	19 390.09
8. Außerordentliche Erträge		3 401.40
9. Verlust aus 1933/34	7 499.75	7 499.75
		216 307.67

Mitgliederbewegung.

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Gesamt-Geschäftsguthaben RM	Gesamt-Haftung RM
Stand am 1. Juli 1933	5 186	3 918	81 477.71	173 130.—
Zugang 1933/34	195	405	6 209.95	5 850.—
Abgang 1933/34	196	67	1 120.40	17 450.—
Stand am 30. Juni 1934	5 185	4 256	87 687.66	161 430.—
Hiervon scheiden auf Grund dieser Bilanz zu Beginn des neuen Geschäftsjahres aus	196	67	1 120.40	5 880.—

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um 6 209.95 RM vermehrt.

Die Haftsummen der Mitglieder haben sich gegenüber dem Abschluß des Vorjahres um 11 700.— RM vermindert.

Die rückständigen (bereits fälligen, aber noch nicht geleisteten) Einzahlungen au die Geschäftsanteile betragen 64 920.— RM.

Vorstehender Jahresabschluß und die Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Uebereinstimmung befunden.

Die Revisionskommission des Aufsichtsrats.

Der Vorstand: Frank, König, Rutenberg.

Feuerschutz in Theatern und sonstigen öffentlichen Gebäuden

Der Karlsruher Polizeipräsident ließ uns folgenden Hinweis zugehen, um dessen Beachtung wir unsere Leser bitten.

Laut Pressemeldung aus Essen vom 20. Januar 1935 geriet in einer Erdgeschoßwohnung, die zu einer Festlichkeit überreich mit Papierdekorationen geschmückt war, beim Abbrennen eines Blitzlichtes ein leichter Vorhang in Brand. Sofort stand die ganze Ausschmückung des Raumes in Flammen. Durch die von der Decke herabfallenden brennenden Papierteile erlitten etwa 12 Personen mehr oder weniger starke Brandwunden und mußten teilweise den Krankenhäusern zugeführt werden.

Dieser bedauerliche Vorfall gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß vom Polizeipräsidium bereits am 30. November 1934 den Wirten durch Vermittlung ihrer Fachorganisation mitgeteilt worden ist, daß zur Ausschmückung von Sälen und Wirtschaften künftighin nur noch imprägniertes Papier Verwendung finden darf, daß das Mitbringen und Verwenden von Papierschlangen oder sonstigen Wurfgegenständen, die nicht aus schwer entflammbar gemachten Stoffen hergestellt sind, sowie das Mitbringen oder Verwenden von gasgefüllten Ballons oder Feuerwerk aller Art in öffentlichen Räumen verboten ist. Die Nichtbefolgung dieses Verbots zieht nicht nur Strafe nach sich, sondern kann auch, wie der bedauerliche Fall in Essen zeigt, zu den schwerwiegendsten Folgen führen. Selbstverständlich ist derjenige, der ein solches Unglück verursacht, wegen fahrlässiger Körperverletzung (§230 R.St.G.B.) bezw. fahrlässiger Tötung (§ 222 R.St.G.B.) strafbar und außerdem für den entstandenen Sach- und Personenschaden zivilrechtlich haftbar.

Es geht daher an alle die Mahnung, bei den bevorstehenden Fastnachtsveranstaltungen, das obenerwähnte Verbot in eigenstem Interesse und im Interesse aller Mitmenschen sorgfältig zu beachten. Auch die Verkäufer von Saalschmuck-Papierschlangen oder sonstigen Wurfgegenständen, Ballons usw. müssen sich darüber verlässigen, ob diese Waren nicht unter das obenerwähnte Verbot fallen, um nicht bei entstandenen Unglücksfällen mit zur Verantwortung gezogen werden zu können.

Helft den deutschen Dichtern u. Komponisten
Besucht das Badische Staatstheater!

Buntes Allerlei

Mühlen im Wind

Im deutschen Landschaftsbilde sind noch immer ziemlich viele Windmühlen zu sehen, und doch bedeuten sie nur einen Bruchteil aller Mühlen, die in Deutschland arbeiten. Von den 23 637 Mühlen in Deutschland werden nur 1936 mit Wind betrieben. Bei 10 339 bildet Wasser die Antriebskraft, und die übrigen arbeiten mit Dampf- oder elektrischer Kraft, mit Explosionsmotoren oder mit Kombinationen dieser Antriebskräfte.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 31. Januar 1935.

Bad. Staatstheater: „Tannhäuser", 19—22½ Uhr.
Rathausplatz: Ausgabe der Monatsparole des WHW., 7 Uhr.
Skala-Theater: „Die Privatsekretärin heiratet", 7 und 8¾ Uhr.
Markgrafen-Theater: „Da stimmt was nicht", 7 und 8¾ Uhr.
Kammerlichtspiele: „Peer Gynt", 6½ und 8¾ Uhr.

Unsere gute Mutter

Rosina Katharina Schurhammer

geb. Hoch

ist im Alter von 75 Jahren nach einem arbeitsreichen Leben, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, zu ihrem Schöpfer heimgegangen.

DURLACH, den 30. Januar 1935.

Für die Hinterbliebenen:

Urban Schurhammer.

Beerdigung Freitag vormittag 11 Uhr.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh verschied nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Karoline Meier

geb. Pfalzgraf.

DURLACH, den 31. Januar 1935.
Blumenstr. 11

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Samstag nachm. 3 Uhr statt.

Heute Erstaufführung!

Wer von Herzen lachen will, sehe sich diese lustige Geschichte an, in einer Besetzung von „ganz Großen" des Films, wie: **Viktor de Kowa, Adele Sandrock, Ralph Arthur Roberts, Elga Brink, Lizzi Holzschuh, Paul Heidemann.**

Diese entzückende Posse nach dem gleichnamigen Bühnenschwank hat bisher in Deutschland die größten Erfolge gehabt!

7⁰⁰ und 8⁴⁵

7⁰⁰ und 8⁴⁵

Im Beiprogramm: **Zwei grimmige Feinde** (Dachshund und Fuchs) Kulturfilm — **Der Kuckuck am Steuer,** Lustspiel mit Paul Henckels.
Bavaria-Tonwoche!

Markgrafen-Theater

Inventur-Verkauf

Eh, du nach auswärts dich bemühst
Und dort die Fenster dir besiehst
Sei dessen eingedenk —, daß man
Auch **hier** dir Vorteil bieten kann;
Das ist doch wirklich angenehmer
Und billiger und auch bequemer!

Aug. Burkhardt
VORM. LOUIS LUGER

Zentralkranken und Sterbekasse der Gold- und Silberarbeiter (Verwaltungsstelle Durlach).

Am **Sonntag, den 3. Februar 1935,** nachmittags 2 Uhr findet im „Krokodil" in Durlach unsere diesjährige

Generalversammlung

statt, wozu die Mitglieder freundlichst einladet

Die Ortsverwaltung.

N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Durlach.

Ausgabe der Monatsparole für das W.H.W.

Am **Donnerstag, den 31. 1. 1935,** abends 7 Uhr wird auf dem Marktplatz die Monatsparole für das WHW für den Monat Februar öffentlich ausgerufen. Die Feier wird unter Mitwirkung der **Standartenkapelle 238** und des **Gesangverein Nähmaschinenbauer** mit musikalischen und gesanglichen Vorträgen umrahmt und 7³⁰ Uhr beendet sein.

Wir laden alle Volksgenossen und Volksgenossinnen der Stadt Durlach zu dieser kurzen Feier hiermit ein.

Durlach, den 29. Januar 1935.

Der Ortsgruppenleiter der NSDAP: W. Bull.
Der Ortsbeauftragte des WHW: Balschbach.

Milchgenossenschaft Durlach e. G. m. b. H.

Zu der am **Freitag, den 1. Februar,** abends 8 Uhr im Gasthaus z. „Ochsen" stattfindenden

Generalversammlung

laden wir unsere Mitglieder hiermit ein.

Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht
2. Verschiedenes

Wir erwarten in Anbetracht wichtiger Beschlüsse eine rege Beteiligung seitens der Mitglieder.

Der Vorstand.

Humor - Stimmung

Samstag abend **Kappenabend** im **„Pflug"**

Motto: „Wenn am Samstag Abend die Dorfmusik spielt"

Große Nähmaschinenfabrik

sucht tüchtigen und erfahrenen

Fach-Ingenieur

zur Durchführung von Verbesserungen an vorhandenen Modellen sowie Neu-Konstruktionen

Bewerbungen sind zu richten unter Beifügung von Zeugnisabschriften, sowie Lebenslauf unter **L. G. 83** an **Ala Anzeigen A.-G., Leipzig.**

Zwangsversteigerung.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am **Samstag, den 23. Februar 1935, vormittags 9 Uhr,** in seinen Diensträumen — in Durlach, Amtsgerichtsgebäude, 1. Stock, Zimmer Nr. 9 — die Grundstücke der August Kille, Versicherungsinspektors Ehefrau Karoline Sofie, geb. Frieß, in Durlach auf Gemarkung Durlach.

Grundstücksbeschrieb: Grundbuch Durlach Band 18 Heft 15

Lgbr. Nr. 489 = 7 ar 91 qm Garten an der großen Gaß, Leibund Plattgraben — Steuerwert RM. 3164.—
Lgrb. Nr. 489 = 3 ar 53 qm Garten, ebenda
1 — Steuerwert RM. 1556.—
Lgrb. Nr. 490c = 5 ar 53 qm Garten ebenda, hierzu Miteigentum am Weg, Grundstück Lgrb. Nr. 490 — Steuerwert RM. 2212.—

Durlach, den 28. Januar 1935.
Notariat 1 — als Vollstreckungsgericht —

Abonnenten kauft bei unseren Inserenten!

Neue Zufuhren

Orangen

dünnschalige vollsaftige
Blonde 3 Pfd. **40**
Blut oval . Pfd. **22**

Blutwurst ¼ Pfd. **15**
Leberwurst ¼ Pfd. **17**

Diese Woche
billige Fische
Eingetroffen direkt ab See in schwerster Eispackung
Kabliau Pfd. **23**
im Anschnitt Pfd. **25**
Kabliaufilet Pfd. **35**
Bücklinge Pfd. **25**
Suppenhühner Pfd. **88**

Pfannkuch
3% Rabatt

Bin unter **Nr. 359** dem Fernsprecher wieder angeschlossen.

L. Hellriegel, Heilpraktiker
Durlach, Untermühlstraße 5.

Wegen Todesfall bleibt mein Ladengeschäft morgen Freitag von 10 bis 1 Uhr geschlossen

Urban Schurhammer
Weinhandlung

Eier

Kühlhaus-Eier 10 Stück **85** ₰
Frische Junghennen-Eier 10 Stück **88** ₰

L. Holder
Adolf Hitlerstraße 86

Bauplatz

in schöner Lage, Turmberg- oder Rittnertstraße, zu kaufen gesucht
Angebote unter Nr. 78 an den Verlag.

Schön pol. **Kommode** mit Spiegel u. Marmor, sehr billig abzugeben Zehntstr. 1, II.

Tüchtiges Mädchen,

welches im Haushalt bewandert ist, für sofort gesucht. Zu erfragen im Verlag.

Gut. weiß. **email. Herd** für 10 ℳ, und neuwert. **Gasherd** 2 flam. 10 ℳ mit Tisch zu verkaufen. **Durlach-Aue,** Schwarzwaldstraße 125.

Die beste Reklame
ist und bleibt ein
Inserat
im
„Durlacher Tageblatt"

Sie finden im

Inventur-Verkauf

ein ganz prima

Biber-bettuch 1.50 × 2.30 Mtr. zum Ausnahmepreis **2.95**

solange Vorrat reicht bei

H. Schmeiser
am Schloßplatz.

Entlaufen

Airedale-Terrier, Hündin (Name Diana). Abzugeben gegen Belohnung Killisfeldsiedlung 21. Vor Ankauf wird gewarnt

---

Größeres Wohnhaus

in guter Lage bei Barzahlung gesucht. Angebote unter Nr. 77 an den Verlag.

Ein **Kinderbett** u. ein **Sportwagen** weiß, billig zu verkaufen Zu erfragen im Verlag

---

2—3 Zimmerwohnung

per sofort zu vermieten
Adolf Hitlerstraße 60.

Morgen Freitag

Schlachttag
Roter Löwen.

Reizende
Maskenkostüme
von 2.— bis 5.— zu verkaufen auch zu verleihen
Anzusehen von 3—6 Uhr abends Auerstraße 1, II. r.

Zimmerofen billig abzugeben.
Zu erfragen im Verlag

Leeres Zimmer gesucht
Angeb. unt. Nr 79 an den Verl.

Inserieren bringt Erfolg!

Luger

Frisch von der See
Kabliau i. Gz. Pfd **22** ₰
Kabliaufilet Pfd. **35** ₰
Seelachsfilet Pfd. **30** ₰
Schellfisch . Pfd. **32** ₰
Steinforellen Pfd. **38** ₰
ferner
Bücklinge . Pfd. **25** ₰
Deutsche Vollheringe 10 Stück . . . . **65** ₰
mit vollem Rabatt!